

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14.00 zł.
monatl. 4.80 zł. In den Ausgabestellen monatl. 4.50 zł. Bei
Postbezug vierteljährl. 16.08 zł., monatl. 5.36 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł.
Danzig 3 zł. Deutschland 2,50 zł.- M.-C. Einzelnummer 25 Gr. Sonntags 30 Gr.
Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher
keiner Anpruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Gerntr. Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einmalige Millimeterzeile 15 Groschen, die einmalige Reklamezeile 100 Groschen. Danzig 10 bis 70 Gr. Pf. Deutschland 10 bis 70 Goldpf. übriges Ausland 100%. Aufdruck. — Bei Plattdruck und schwierigem Satz 50% Aufdruck. — Abstellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 100 Groschen — für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Postleitzahlen: Posen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 39.

Bromberg, Sonnabend den 16. Februar 1929.

53. Jahr.

Die Verhaftung des Abgeordneten Ulliz.

Beschwerde in Genf.

Wie wir erfahren, haben der "Deutsche Volksbund" in Katowitz und die Gattin des verhafteten Volksbundsführers Ulliz gegen das Vorgehen des polnischen Staatsanwalts gemäß den Bestimmungen der Genfer Konvention telegraphisch Beschwerde beim Völkerbundskreisrat eingereicht.

Die Beschwerde hat folgenden Wortlaut:

"Gemäß Artikel 147 des Genfer Abkommens vom Jahre 1922 erheben wir Beschwerde auf Grund nachstehenden Tatbestandes: Gestern wurde der schlesische Sejm durch Dekret des Staatspräsidenten aufgelöst. Abgeordneter Ulliz, Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes, wurde heute auf Grund eines Haftbefehls verhaftet. Verhaftungsgrund war die bereits im Jahre 1926 erhobene Anschuldigung der Beihilfe zur Entziehung vom Militärdienst. Ein damals erhobener Antrag der Staatsanwaltschaft auf Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Ulliz zwecks Strafverfolgung wurde vom schlesischen Sejm, der eine polnische Mehrheit besitzt, in der 163. Sitzung abgelehnt. Entscheidend für die Ablehnung war der Beschluss der Geschäftsaufnahmekommission des Sejm vom April 1926, wonach das als Grundlage des Strafbefehls vorgelegte Dokument sprachliche Fehler und eine falsche Interpretation enthielt, woraus die Mehrheit den Schluss zog, daß das Dokument gefälscht ist.

Die jetzt erfolgte Verhaftung entbehrt jeder meritorischen Grundlage. Sie erlangt jeglicher formaler prozessualer Voransetzung.

Paragraph 122 Strafprozeßverordnung erfordert als Bedingung für den Haftbefehl Verdunkelungsgefahr oder Fluchtverdacht. Verdunkelungsgefahr konnte nicht vorliegen, nachdem über zwei Jahre seit Beginn des Verfahrens verflossen sind. Fluchtverdacht konnte nicht bestehen, nachdem Abgeordneter Ulliz trotz Kenntnis der gestrigen Sejm-Auslösung ruhig auf seinem Bureau weiter arbeitete."

Die Beschwerde sagt weiter, daß durch die Verhaftung Artikel 75 des Genfer Abkommens verletzt worden sei, außerdem verstößt die Verhaftung gegen Artikel 83 des selben Abkommens. Der Deutsche Volksbund bittet daher, der Völkerbundrat möge

1. die nötigen Maßnahmen ergreifen, damit Ulliz aus der Haft entlassen wird,
2. auf jeden Fall auch nach der Haftentlassung einen Kommissar mit der Prüfung des weiteren Verfahrens gegen Ulliz betrauen und die notwendigen Maßnahmen treffen, um Ulliz gegen jegliche unbegründete Strafverfolgung zu schützen.

Zum Schluß bittet der Volksbund um dringende Behandlung seiner Beschwerde.

Wie die "Boss. Ztg." aus Genf erfährt, hat dort die Meldung von der Verhaftung des öberschlesischen Abgeordneten Ulliz, die durch die Morgenblätter und durch das mittags im Völkerbundskreisrat eingetroffene Protesttelegramm des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien bekannt geworden war, in weitesten Kreisen des Völkerbundes Erstaunen und eine unverkennbare Bewunderung erweckt. Das Telegramm des Volksbundes wird in beschleunigtem Verfahren unmittelbar sämtlichen Regierungen, die Ratsmitglieder sind, übermittelt, zugleich auch der polnischen Regierung und die Frage wird auf die Tagesordnung der nächsten ordentlichen Rats-tagung im März gelegt. Auch jene internationalen Kreise in Genf, die nicht im mindesten polnischfeindlich sind, äußerten unverhohlen ihre starke Bewunderung über die äußerst seltsame Einleitung, die Polen mit seinem Vorgehen der Minderheitsdebatte in der Märztagung des Völkerbundes gibt.

Der Verhaftung des bekannten Volksbundsführers ging eine Haussuchung in seiner Wohnung voraus. Gleichzeitig wurde eine solche Haussuchung bei der Geschäftsführerin des Deutschen Volksbundes, Fräulein Ernst, vorgenommen.

Von Seiten des Deutschen Volksbundes wird der Versuch gemacht werden, die Freilassung des Abgeordneten Ulliz gegen eine Kavution zu erwirken, da auch seinerzeit verhaftete Schulrat Duket gegen Stellung einer Kavution in Höhe von 40 000 Schweizer Franken auf freien Fuß gesetzt worden ist.

Wie die amtliche Polnische Telegraphen-Agentur aus Katowitz berichtet, hat die dortige Polizeidirektion auf Grund des Pressecrets am gestrigen Donnerstag die Beschagnahme folgender Zeitungen angeordnet: Die Abendausgabe des "Berliner Tageblatt" vom 18. d. M., die "Ga-

zeta Robotnicza" die "Katowitzer Zeitung", den "Oberschlesischen Kurier", den "Volkswillen" und die Zeitung "Do Czynu". (Bur. Kat.)

Versuch am untauglichen Objekt.

Während dem Schlesischen Sejm der Hals umgedreht wurde, hielt der deutsche Abg. Julian Will im Auswärtigen Ausschuß des Warschauer Sejm eine Rede, die in Übereinstimmung mit sämtlichen früheren Erklärungen der deutschen Abgeordneten, darunter auch des verhafteten Abg. Ulliz, das Bestreben der Deutschen in Polen betonte, einem Ausgleich der benachbarten Deutschen und Polen mit allen Kräften zu dienen. Die Deutschen in Polen wollten gute Staatsbürger sein, aber sie wollten sich nicht ihre Eigenkultur rauben lassen.

Diese Rede, die wir morgen im Wortlaut bringen werden, wird von einem Teil der polnischen Presse, vor allem von der "Epoka", einem Regierungsvorstand, als erste deutsche Versöhnungsrede bezeichnet und der "hochväterlichen" Tätigkeit des Abg. Ulliz gegenübergestellt. Das ist ein böse gemeintes Vor. Erfreulicherweise herrscht in ihrer grundsätzlichen Einstellung zu Staat und Volkstum unter allen deutschen Abgeordneten Einigkeit, und der Abg. Will hat auch ausdrücklich betont, daß er mit den früheren Ausführungen des Klubvorsitzenden vollkommen konform gehe.

In der Konstruktion einer Zwiespältigkeit im deutschen Lager erblicken wir einen Versuch am untauglichen Objekt, der Welt vor den Genfer Verhandlungen ein in seinen Zielen uneingeschlossenes deutsches Volkstum vortäuschen, um die guten Schafe gegen die bösen auszuspielen. Da wir alle in einem Schafstall einträchtig in Ziel und Arbeit nebeneinander leben, erheben wir gegen diese Unterstellung entschieden protest.

Der Kampf um Oberschlesien.

Grażynski gegen Korsanty.

Warschau, 14. Februar. Das "ABC" beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit der Aufführung des öberschlesischen Sejm und nennt die diesbezügliche Verfügung des polnischen Staatspräsidenten einen äußerst bedeutsamen Akt im innerpolitischen Leben Polens. Das Blatt führt weiter aus, daß die drei letzten Jahre in der öberschlesischen Geschichte im Zeichen des Kampfes zwischen dem Wojewoden Grażynski und Korsanty gestanden hätten. Nach dem Maiumsturz habe man die Herrschaft Korsantys mit allen Mitteln vernichten wollen. Zu diesem Zweck sei in der Person Grażynskis einer der tapfersten Wojewoden der Regierungskreis nach Schlesien entsandt worden, und es habe den Aufchein gehabt, daß es ihm gelingen werde, Korsanty niederzuwerfen. Grażynski habe eine Mehrheit um sich versammelt, die Nationale Arbeiterpartei geschwächt und sowohl die Polnische Sozialistische Partei wie die Christlich-Demokratische Anhängerpartei Korsantys zerstochen.

Trotzdem sei die Bilanz des dreijährigen Kampfes für den Wojewoden negativ. Vor ein paar Tagen hätten die Auseinandersetzungen im Sejm bewiesen, wie flach die Motive und wie brutal die Methoden dieses Kampfes gewesen seien. Die Aussprache habe einen unerhörten Abgrund aufgedeckt. Schon damals habe das "ABC" darauf aufmerksam gemacht, daß das Potentium in Oberschlesien Gefahr laufe, seine Wehrkraft zu verlieren. Da es dem Wojewoden Grażynski nicht mehr geglückt sei, im Wojewodschaftsrat eine Mehrheit für sich zu sichern, sei er kürzlich nach Warschau gekommen und habe die Auflösung des Katowitzer Landtages verlangt. Augenscheinlich verfolge er damit die Absicht, Korsanty eine letzte entscheidende Schlacht zu liefern. Dieser rasende Kampf könne jedoch für das Potentium in Oberschlesien ein trauriges Ende nehmen.

Festrede des Senatsmarschalls.

Die Linke verläßt unter Protest den Saal.

Warschau, 14. Februar. Zu Beginn der Senatsitzung am gestrigen Mittwoch ergriff Senatsmarschall Szymanski das Wort zu einer Ansprache anlässlich des zehnjährigen Bestehens des polnischen Parlamentarismus. Er führte darin in großen Zügen Folgendes aus:

Wie heute, so hat auch vor Jahrhunderten unser Parlament nicht immer zum Ruhm des Staates gewirkt. Die Schlaft-Sejme verweigerten dem König Steuern und Soldaten gerade dann, als der Feind ins Land einbrach. Die Schlaft-Sejme hatten damals nichts anderes zu tun, als um Privilegien zu handeln. Der Sejm in dem wiedererstandenen Polen ist in den zehn Jahren seines Bestehens der Schauplatz eines Kampfes mit dem Staatsoberhaupt Marschall Piłsudski gewesen. Eigennutz und Widerrechtlichkeit waren im Lande auf den Höhepunkt gestiegen, als der siegreiche Führer, der das Land von den Eindringlingen befreit hatte, durch den Mai-Umsturz das Staatsreich und das politische Leben auf andere Wege brachte. Vergegenwärtigen wir uns die Geschichte des polnischen Parlaments und unsere zukünftigen Aufgaben und schämen wir entsprechend hoch die Bedeutung und den Einfluß ein, den der alte Marschall Polens, Józef Piłsudski, auf die Entwicklung des parlamentarischen Lebens gehabt hat. Ich habe die Ehre, der hohen Kammer mitzuteilen, daß das Komitee des Senats unter das Bildnis des Marschalls Piłsudski zur Erinnerung des zehnjährigen polnischen Parlamentarismus Auftrag gegeben hat, die Worte hinzuzufügen: "Der Senat dem Schöpfer des polnischen Parlaments."

Nach einer kurzen Rede des Senators Januszewski (Wyzwolenie) verließen die Senatoren der Linken zum Zeichen des Protests den Saal, da sie einige Ausführungen des Marschalls Szymanski als gegen den Sejm gerichtet auffaßten. Die Senatoren der Linken nahmen auch nicht an dem Abendempfang des Marschalls Szymanski teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ergriff noch Senator Strug das Wort. Er knüpfte an die Ausführungen des Marschalls Szymanski an und erklärte im Namen der PPS, der Wyzwolenie und der Bauernpartei, daß er in Anbetracht des Geistes der Ausführungen des Marschalls gegen die Kritik an der zweiten Kammer, d. i. am Sejm protestieren müßte, da der Sejm nicht zum Senat gehöre. Besonders verurteilte die Linke die Behauptung, daß der frühere Sejm seine Zeit und Kraft im Kampf mit dem Marschall Piłsudski verbraucht habe.

Marschall Szymanski betonte in seiner Antwort, daß es niemals in seiner Absicht gelegen habe, durch seine Worte die Linke zu kränken. Die Rede des Senatsmarschalls sollte für gewöhnlich nicht Angelegenheiten des Sejm berühren; aber man befindet sich in einem besonderen Augenblick, und es müsse trotz aller Ritterkeit dieser Angelegenheit festgestellt werden, daß der Kampf bestanden hat und daß er noch andauert.

Nach diesem recht symptomatischen Zwischenfall ging man zur Erledigung der Tagesordnung über.

Das Budget im Senat.

Der Dispositionsfonds für den Innenminister soll wiederhergestellt werden.

Warschau, 15. Februar. PAD. Die Finanz- und Budgetkommission des Senats trat gestern, nachdem sie den Vorschlag des Ministeriums für Industrie und Handel und des Verkehrsministeriums im Sinne des Sejm-Beschlusses erledigt hatte, in die Diskussion über den Haushaltsvoranschlag des Innenministeriums ein.

Der Berichterstatter Senator Holle (Regierungsklub) wies darauf hin, daß der Staat in 20 kommunistische Bezirke eingeteilt sei, die riesige Beträge verschlingen. Das Geld fließe aus dem Westen und Osten, um die staatliche Existenz Polens zu untergraben. Würde man den Dispositionsfonds des Innenministeriums in Höhe von 6 Millionen streichen, so ständen die Türen für die Feinde offen. Aus diesen Gründen kündigte der Referent den Antrag an, den Dispositionsfonds wieder herzustellen.

Während der Aussprache ergriff auch der Innenminister General Skadkowski das Wort, der einen Überblick über die Tätigkeit seines Kabinetts gab und im besonderen die Notwendigkeit der Wiederherstellung des Dispositionsfonds begründete. Der Fonds solle zum Kampf gegen den Kommunismus und gegen alle Organisationen dienen, die eine staatsfeindliche Tätigkeit treiben. (Was ist eine staatsfeindliche Tätigkeit? Die einen sagen sie dem "Deutschen Volksbund" nach, die anderen dem Westmarkverein. D. R.)

Zum Schluß wurde der Antrag des Berichterstatters angenommen, nach welchem dem Innenminister der Dispositionsfonds wieder bewilligt werden soll.

Verfassungsprojekte der Opposition.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 14. Februar.

Laut einer Meldung von gut unterrichteter Seite bereitet der Nationale Klub einen besonderen Entwurf für eine Verfassungsänderung vor. An dem Projekte arbeiten eine Reihe von Abgeordneten und juristischen Fachleuten, die der nationalistischen Rechten nahe stehen. Dieses Projekt hat insofern Berührungspunkte mit dem Baby-Projekte, als es ebenfalls das Prinzip der Stärkung der exekutiven Gewalt, insbesondere das Vetorecht des Staatspräsidenten anerkennt. Das Projekt führt jedoch Änderungen der Wahlordnung, eine bedeutende Beschränkung der Proportionalität und die Institution des Verfassungs-Tribunals ein. Nach diesem Entwurf sind Sejm und Senat gleichgestellt. Der Senat soll zur Hälfte aus gewählten Mitgliedern und zur Hälfte aus Vertretern von Wirtschafts- und Berufsverbänden bestehen. Dabei liegt die Absicht zugrunde, daß aus diesen Korporationen hervorragende Juristen, Ärzte und Ingenieure in den Senat eingehen.

Es heißt, daß die endgültige Redaktion des nationaldemokratischen Entwurfs schon in den nächsten Tagen erfolgen werde. Da der Nationale Klub nur über 80 Stimmen verfügt, sind Bemühungen im Gange, Mitglieder der anderen Klubs der Rechten und des Zentrums für die Unterzeichnung des Antrages zu gewinnen. (Die geforderte Mindestzahl der Unterschriften beträgt bekanntlich 111.)

Auch die Parteien der Linken (PPS, Wyzwolenie und Bauernpartei) arbeiten an einem Entwurf für eine Verfassungsänderung. Eigentlich werden zwei Projekte: eines von der PPS, das andere von der Wyzwolenie vorbereitet, die sicherlich in einem gemeinsamen Entwurf umgesogen werden. Sollten sich beide Sonderprojekte behaupten, so werden die Linksparteien unter beide Projekte solidarisch ihre Unterschriften setzen.

Römische Neuordnung.

Der Inhalt der Verträge.

Nach privaten Informationen der Berliner "Germania" besteht der Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und Italien aus einem Vorwort und 27 Artikeln. Diese Artikel bestimmen, daß die katholische Religion gemäß der Verfassung Staatsreligion ist. Der Heilige Stuhl erhält die volle und absolute Souveränität im Vatikan in seinem jetzigen Umfang. Der neue vatikanische Staat wird ausschließlich vom Heiligen Stuhl ohne Einmischung der italienischen Regierung verwaltet. Die italienische Regierung rückt in der vatikanischen Stadt alle öffentlichen Verkehrsmitte ein, darunter eine Eisenbahnstation, sowie direkte Verbindungen mit der übrigen Welt durch Telegraph, Radio, Telefon und Post. Ein besonderes Abkommen wird abgeschlossen über die vatikanischen Verkehrsmittel zu Lande und in der Luft über italienisches Gebiet. Über die in der vatikanischen Stadt wohnenden Personen steht der Heilige Stuhl die vollen Hoheitsrechte aus.

Besondere Vorrechte werden allen kirchlichen Würdenträgern gewährt, auch wenn sie nicht in der vatikanischen Stadt wohnen, ebenso den Mitgliedern des päpstlichen Hofs und denjenigen Beamten, die der Heilige Stuhl für unabkömmlich erklärt. Die Extritorialität wird den patriarchalischen Basiliken verliehen, sowie einigen Gebäuden und Palästen außerhalb der vatikanischen Stadt, in denen der Heilige Stuhl die päpstlichen Ämter und erforderlichen Büros für seine Verwaltung unterhält. Italien erkennt das Recht des Heiligen Stuhls, gemäß dem internationalen Recht Gewandschaften zu schaffen und zu erhalten. Italien errichtet beim Heiligen Stuhl eine Botschaft, und der Heilige Stuhl beim italienischen Hof eine Nuntiatur. Dieser Nuntius wird der Doyen des diplomatischen Corps beim Ordinarien sein.

Die Sehenswürdigkeiten und Kunstdenkmäler im Vatikan und im Lateran werden weiter dem Publikum zugänglich sein. Die Verbrennen, die in der vatikanischen Stadt begangen werden, werden vor den italienischen Behörden auf Grund einer Delegation des Heiligen Stuhls abgeurteilt. Diese Delegation kann von Fall zu Fall erteilt werden oder ein für allemal. Die vatikanische Autorität wird diejenigen Flüchtlinge, die sich Begegnungswidrig gemacht haben, die nach der Gesetzesgebung beider Staaten verfolgt werden, ausliefern. Der Heilige Stuhl erklärt, daß er nicht beabsichtigt, daß er nicht teilnehmen wird an zeitlichen Konkurrenzen mit den anderen Staaten und nicht an internationalem Konferenzen, die zu solchen Zwecken einberufen werden, es sei denn, daß seine Vermittlung von den interessierten Mächten angerufen wird. Aber der Heilige Stuhl behält sich vor, seine moralische und geistige Macht in die Waagschale zu werfen in allen solchen Fragen. Die vatikanische Stadt wird infolgedessen stets und ewig als neutrales und unverletzbares Gebiet zu betrachten sein.

Der Vertrag schließt mit den Worten: Der Heilige Stuhl erklärt, daß mit diesem heutigen Vertrag alles gegeben worden ist, um in vollkommenem Maße Unabhängigkeit und Freiheit der freien Seelsorge von Rom und der Weltkirche zu gewährleisten. Deswegen erklärt der Heilige Stuhl endgültig die römische Frage für erledigt und erkennt den italienischen Staat unter der Regierung des Hauses Savoien mit Rom als Hauptstadt. Italien seinerseits erkennt den Staat der vatikanischen Stadt unter der Souveränität des Heiligen Vaters und erkennt, daß das Garantiegesetz abgeschafft ist, ebenso wie alle Gesetzesbestimmungen, die diesem Vertrage widersprechen.

Das Konkordat besteht aus 45 Artikeln. Es wird darin bestimmt, daß alles, was mit dem heiligen Charakter Roms im Widerspruch steht, vom italienischen Staat verhindert und nicht erlaubt werden wird. Der Staat erkennt alle von der Kirche eingesetzten Päpste als Staatsfeier an. Die Seelsorgesfreiheit wird garantiert. Der geistliche Zuspruch bei den militärischen Körperwesen wird zugesichert. Die Wahl der Bischöfe und Erzbischöfe erfolgt nach dem für Polen längst festgelegten Konkordat. Es folgt sodann die Regelung der religiösen Orden als juristische Personen. Bezugnahme des Eherechts wird die Wirkung der rein kirchlichen Ehe anerkannt, und die italienische Regierung erklärt, daß sie alle gerichtlichen Urteile der geistlichen Gerichte anerkennt wird, sowohl was die Rechtsfeststellungen der geistlichen Gerichte betrifft wie die Dispense. Der Religionsunterricht wird nicht nur in den Volksschulen, sondern auch in den Mittelschulen vereinbart werden. Das Programm hierfür wird allgemein vereinbart werden. Die Katholische Aktion wird anerkannt.

Die finanzielle Regelung besteht in der direkten Überweisung von 750 Millionen Lire und einer Milliarde in Staatsrenten (Konkurs). Wie verlautet, wird eine Bestimmung des Konkordats erklären, daß die Bischofsbezirke den Landes- und Provinzialgrenzen entsprechen sollen.

*

Der Papst über die Einigung.

Aus Rom wird gemeldet:

Papst Pius XI. hat sich beeilt, in seiner Ansprache beim Empfang der römischen Bischöfe und Pfarrer für die Richtlinien über die Fastenpredigten den besonders im Ausland erhobenen Kritiken gegen die Einigung mit Italien entgegenzutreten. Nachdem er für die Predigten die Fortsetzung des Kampfes gegen die unanständige Mode und für die Erfüllung der religiösen Pflichten befohlen hatte, kam er sofort auf die Verträge mit Italien zu sprechen. Diese sicherten dem Papst die ihm gebührende Souveränität, da er nicht der Unterthan einer weltlichen Macht sein könnte. Das Konkordat ordnete die religiösen Verhältnisse in Italien, die so lange geschmäler und mißachtet worden seien. Auf die Einzelheiten des Vertrages wolle er noch nicht eingehen, weil die Unterschriften der Bevollmächtigten durch jene der Kurie einzeln verfüllt werden müssten. Nur aus diesem Grunde werde er auch heute von der Sitzung des römischen Volkes von der äußeren Loggia der Peterskirche absehen. Die gegen die Verträge erhobenen Kritiken betrachte er allein gegen sich gerichtet, weil er allein die Verantwortung über das Ereignis trage, das er dreißig Monate lang zum Gegenstand seiner Studien, Überlegungen und Gebete gemacht habe. Er habe wohl gewußt, daß es ihm nicht gelingen würde, alle zu bestreiten. Als aber den ausländischen Diplomaten von dem Ereignis Kenntnis gegeben wurde, habe sich der Papst weder die Zustimmung noch die Garantien des Auslands sicher machen wollen, die nicht nötig seien. Wahre und eigentliche Garantien seien die Gerechtigkeit und das Gerechtigkeitsgefühl des italienischen Volkes und der Kirche und dem Stellvertreter Christi versprochene unabschließbare Bestand, weil man mit den anderen Garantien bereits seine Erfahrungen gemacht habe. Was haben in der Tat die Mächte getan, als die weltliche Macht des Papstes auf den geographischen Karten figurierte? Was die Zukunft aufzeigt, so liegt sie in den Händen Gottes.

Es gibt ferner Unzufriedene, von denen die einen finden, wir hätten zu wenig gefordert, und die anderen, wir hätten zu viel verlangt. Einige werden das souveräne Gebiet des Vatikans zu klein finden. Wir haben mit Absicht und aus guten und ernsten Gründen möglichst wenig verlangt. Vor allem wollten wir uns als einen Vater erweisen, der mit seinen Kindern verhandelt und daher die Sache möglichst erleichtert. Zweitens wollten wir dafür sorgen, daß Klagen über die Vollständigkeit des Gebiets nicht zu rechtfertigen wären. Drittens wollten wir auf kategorische Weise zeigen, daß keine Länder gegen den Papst geleitet hat, sondern nur das Gewissen der Ausübung der Souveränität Gottes. Daher wollen wir nur, was als Voraussetzung für die unerlässliche wahre Souveränität nötig ist. Wir hoffen, daß auf diese Weise klar erscheint, daß der Stellvertreter Christi nur das notwendige Gebiet verlangt, das für die Entwicklung seines apostolischen Werkes notwendig ist, und freuen uns darüber, daß diese Beschränkung ein Minimum bleibt. Es ist ein kleines Gebiet, aber wir wagen zu sagen, daß es das größte der Welt ist, wenn es einen Süden umfasst, eine Kuppel Michelangelo, Schätze der Wissenschaft in den Gärten und Bibliotheken, Kunstsäcke in den Museen und Galerien und das Grab des Apostelfürsten. Es gibt kein kostbareres Gebiet, kann man ruhig antworten, die sagen, es sei zu wenig. Außerdem besteht ein Vorteil, den viele vergessen, nämlich daß den geistigen Sorgen nicht materielle hinzugefügt werden sollen. Ebenso sind auf finanzielle Gebiete Einwände erhoben worden. Der hl. Stuhl hat die Pflicht, für die geistigen Interessen zu sorgen, was nicht ohne Einschätzung geschehen kann, die dem hl. Stuhl seine wirtschaftliche Unabhängigkeit verleiht. Der Papst hat weiterhin Vertrauen in den Peterspfennig, weil er aus Erfahrung sieht, daß er in den Händen Gottes liegt.

*
Die Mussolinische Schenkung.
Der Herausgeber der "Europäischen Revue", Karl Anton Prinz Rohan, schreibt anlässlich der Unterzeichnung des italienischen Konkordats:
Kurze Zeit nach Mussolini Marius aus Rom soll ein ausländischer Diplomat folgendes Gespräch mit dem Kardinal-Staatssekretär Gasparri geführt haben. Er fragte den Außenminister der Kirche nach der Dauer des Faschismus. Als der Kirchenfürst ablehnte, darüber Prophesien anzustellen, formulierte er seine Frage präziser: „Wie wird Italien in zehn Jahren aussehen?“ Antwort: Faschismus. — „Und in zwanzig Jahren?“ Antwort: Faschismus. — „Und in dreißig Jahren?“ — Darauf soll der Kirchenfürst mit einem feinen Lächeln bemerklt haben: „Dann werden wir wohl wahrscheinlich wieder ein Kabinett Giolitti erleben.“ (Giolitti war damals bereits achtzig Jahre alt, aber Jahrzehnte hindurch war er es, den man immer wieder zur Macht berief, wenn Italien nicht mehr weiter konnte.) Se non è vero, è buon trovato, dün diese Anekdoten verdeutlicht die von vornherein sehr vorsichtige und zurückhaltende vatikanische Politik dem Faschismus gegenüber.

Die Politik Gasparris hat von jeher versucht, das Steuer nach links zu drücken und auf diese Weise dem Katholizismus die breiten Massen wieder zu gewinnen. Bis zur faschistischen Revolution waren es die Popolari, die italienischen Christlich-Sozialen oder christlichen Demokraten, die das politische Hallenamt des italienischen Katholizismus durchführen sollten. Mussolini versuchte zwar anfangs und gerade im Hinblick auf den Vatikan, mit den Popolari zusammenzuarbeiten, mußte ihren Einfluss aber bald verdrängen, um die radikal faschistische Politik von jedem Kompromiß freizuhalten. Die gewaltame Unterdrückung der katholischen Organisationen, die Lehren vom Primat des Staates und der Nation, die antisemitischen Traditionen, die im Faschismus immer mehr Übergewicht über die christlichen gewannen, führten zu immer stärkeren grundfestslichen Gegensätzen zwischen der Kurie und dem neuen Italien, die gelegentlich sogar in Enkämpfen des Papstes und scharfen Polemiken des "Osservatore Romano" Ausdruck fanden.

Trotz dieser weithin sichtbaren Schwierigkeiten fiel es immer wieder auf, wie sehr Mussolini die im Faschismus immer mehr Übergewicht über die christlichen gewannen, führten zu immer stärkeren grundfestslichen Gegensätzen zwischen der Kurie und dem neuen Italien, die gelegentlich sogar in Enkämpfen des Papstes und scharfen Polemiken des "Osservatore Romano" Ausdruck fanden.

Indererseits war bei vordernder römischer Frage die Lage des Vatikans der neuen Großmacht Italien gegenüber keineswegs einfach. Wenn der Gegensatz zwischen beiden Mächten sich verschärft hätte, so hätte es über Jahr und Tag wohl dazu kommen können, daß einige tausend heidnisch erregte Schwarzhäder in den Vatikan eingedrungen wären und die Kurie zu einem neuen Avignon geworfen hätten. Vor 1914 wäre solches Abenteuer zweifellos mit einem Krieg katholischer Mächte gegen Italien beantwortet worden. Aber heute, da es keine katholischen Großmächte mehr gibt? — Mit einem aus Radikalismus zu extremen Taten fähigen Italien war es also für die Kurie ratsam, ein Abkommen zu treffen. Das Pontifikat Pius XI. gilt bereits auf der ganzen Welt als ein wesentlich politisches. Man spricht in römischen Kreisen von der bevorstehenden Wiedereröffnung und feierlichen Beendigung des Jahrzehnts lang inspizierten Vatikanischen Konzils. Es ist durchaus naheliegend, daß Papst Pius XI. bestrebt war, vor Einberufung des Vatikanums den chronischen Konflikt zwischen Kurie und italienischem Staat beizulegen.

Wir sind in Europa seit dem Kriege gewöhnt, politische Ereignisse zu erleben, von denen wir unmittelbar keineswegs zu sagen vermögen, ob sie wirklich in die Geschichte eingehen werden. Die ganze Friedens- und Schiedsvertragspolitik um Genua herum, die seit zehn Jahren die Staatsanwälte beschäftigt, mag wohl Geschichte sein, gewiß werden wir dies aber erst wissen, wenn die modernen Systeme völkerrechtlicher Bindungen auch im Ernstfalle in Geltung bleiben. Bei der Lösung der römischen Frage aber müssen wir unmittelbar, daß hier große Geschichte gemacht worden ist.

*

Hindenburgs Glückwunsch an Pius XI.

Reichspräsident Hindenburg hat an den Papst auf die Wiederkehr seines Krönungstages nachstehendes Telegramm gerichtet: „Ew. Heiligkeit bitte ich, zum Krönungstage meine aufrichtigsten und wärmsten Glückwünsche entgegenzunehmen.“

Der Papst hat darauf wie folgt geantwortet: „Ew. Exzellenz gütiges Gedanken und innige Glückwünsche erwidern wir dankbar mit den herzlichsten Segenswünschen für Ihre Person und das gesamte deutsche Volk.“



Kopfschmerzen

oft als Folge von Überanstrengung oder bei Erkältung, machen uns verdrießlich und unfähig zu jeder Tätigkeit.

Da helfen

Aspirin-Tabletten.

Sie lindern die Schmerzen und beugen häufig schlimmerer Erkrankung vor.

Ärztlich empfohlen.

Preis

für

6 Tabletten zt. 1.05 — 20 Tabletten zt. 2.55

In allen Apotheken erhältlich.

Hermes — Twardowski.

Berlin, 15. Februar. (PAD) Wie die "Kreuz-Zeitung" erfährt, hat der Vorsitzende der deutschen Delegation für die Wirtschaftsverhandlungen mit polnischen Minister Hermes vom Minister Twardowski ein Schreiben über die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen erhalten. Das Schreiben bildet gegenwärtig den Gegenstand der Prüfung von Seiten der deutschen amtlichen Kreise.

Entdeutschung des Posener Schlosses.

Warschau, 15. Februar. Nachdem der Regierung ein Kredit in Höhe von 100 000 Goldt. bewilligt worden ist, um dem kaiserlichen Schloß in Polen den polnischen Charakter wieder zu geben, hat es jemals einen solchen Charakter haben können? (R.), reisen in den nächsten Tagen der Chef des Zivilanglers des Staatspräsidenten, Skorowisski, sowie der Direktor des Departements für schöne Künste, Prof. Jastrzebowski, nach Polen ab. Nach der Besichtigung des Schlosses soll der Plan der beabsichtigten Umbauten am Schloß aufgestellt werden. Man will auch einen Leiter für die Ausführung der künstlerischen Arbeiten berufen. Bereits sollen, wie die "Gazeta Szachowia" mitteilt, in erster Linie die Merkmale des Deutschen im Schloß werden, wie die deutschen Adler, die kaiserlichen Porträts, die Aufschriften an den Wänden, die Kopien der althergebrachten Schnitzereien, sowie "derartige Kuriositäten", wie z. B. der Schreibstiel vor dem Schreibtisch des Kaisers Wilhelm, der einen Militärrattel imitiert.

Die Deutschen haben sich derartige Verwandlungskünste sparen können. Hat Polen so viel Geld übrig, um weniger Sparjam zu sein. Wer sich stark fühlt, kann anderer Leute Geschichte dulden.

Der Glaubenskampf in Mexiko.

Nach dem Attentat auf Portes Gil.

Mexiko-City, 14. Februar. (Z. N. S.) Präsident Portes Gil hat eine offizielle Erklärung ausgegeben, in der er die katholische Abwehrkraft für das Attentat verantwortlich macht. Er behauptet, daß am Schauplatz des Attentates Propagandaschriften dieser Liga gefunden worden seien. Das Attentat sei von 3 bis 4 Männern ausgeführt worden, welche sich schon seit mehreren Tagen an Ort und Stelle befunden hatten, um den günstigsten Augenblick für das Attentat abzuwarten. Man hat außerdem Zeitungen aus Mexiko-City, datiert vom 5. Februar, vorgefunden, die darauf hindeuten, daß die Mörder aus Mexiko-City stammen. Gil betonte, daß auf die katholischen Geistlichen kein Verdacht falle, sondern daß das Verbrechen das Werkfanatischer katholischer Elemente gewesen sei, aus deren Kreisen er schon mehrere Male Drohbriefe bekommen hätte. Die Behörden haben eine Verhaftung vorgenommen, doch wird der Name des Verhafteten aus bestimmten Gründen nicht genannt. Portes Gil behauptet, daß dieser Verhaftete der Hauptanwälter des Attentats sei.

Gleichzeitig weiß der Präsident aber darauf hin, daß die Ausnahmeverordnungen gegen die Kirche schriftweise abgetragen würden, so daß jetzt nur noch göttliche Handlungen unterbunden seien. Es sei wohlbekannt, daß diese Unterbindung nicht von den Zivilbehörden angeordnet worden sei. (Die Kirche selbst hat zum Protest die Gottesdienste abgesetzt. D. R.) Diese Bewerfung kann als Andeutung dahin aufgefaßt werden, daß Portes Gil Verhandlungen zur Beilegung des Kirchenkonfliktes begrüßen würde.

Aus anderen Ländern.

Die Dynastie Liechtenstein.

Als Nachfolger des verstorbenen Fürsten Johann II. von Liechtenstein hat, wie bereits mitgeteilt wurde, dessen jüngster Bruder, der immerhin schon 70jährige Prinz Franz von Paula als Fürst die Regierung übernommen. Da auch dieser Fürst unverheiratet und ohne Erben ist, ist zu seiner Nachfolge die zweite Linie des Hauses Liechtenstein berufen, deren Haupt der im Jahre 1868 in Wien geborene Prinz Franz, der Herr des Sekundofideikommisses Hollenegg in der Steiermark, ist. Die Mutter dieses Prinzen, Henriette, eine Schwester des Fürsten Johann II. und Franz I., lebt noch hochbetagt in Wien, ebenso in München eine andere Schwester des nun Verstorbenen, Prinzessin Therese, die Witwe des verstorbenen Prinzen Arnulf von Bayern.

Infolge des hohen Alters des nunmehr regierenden Fürsten Franz I. (von Paula) und in Anbetracht des Umstandes, daß auch der Erbprinz Franz (von Liechtenstein-Hollenegg) bereits das siebente Lebensjahrzehnt begonnen hat, dürfte es interessieren, daß auch dieser Erbprinz Franz keine männlichen Leibeserben besitzt und daß ihm sein Neffe, der 1906 geborene Prinz Franz Joseph, ein Sohn des Prinzen Alons und der Erzherzogin Elisabeth Amalia von Österreich zur Thronfolge berufen ist.

Bromberg, Sonnabend den 16. Februar 1929.

Pommerellen.

15. Februar.

Graudenz (Grudziadz).

× **Baukredite.** Das Komitee für den Ausbau der Stadt bringt zur Kenntnis, daß Personen, die Darlehen zwecks Erbauung von Häusern mit Dreizimmer-Wohnungen zu erhalten wünschen, ihre Gesuche umerteilung dieses Kredits bis zum 1. März d. J. an den Magistrat, Bromberg, richten müssen. Anträge um Gewährung von Darlehen für die Erbauung von Häusern mit höheren Wohnungen finden keine Berücksichtigung.

× **Holzverkäufe.** Der Kreisausschuss in Graudenz hat ca 150 Kilometer Brennholz (trockene Linde) mit eventueller Verladung in Eisenbahnwaggons zum Verkauf. Das Holz kann auf dem Lagerhof an der Amtsstraße (Budkiewicza) Nr. 22 in Graudenz bestellt werden. Nähere Auskunft erfordert die Kreisverwaltung, Starostwo, Zimmer 12.

× **Der Kohlenkalamität** suchen die Behörden nach Möglichkeit abzuholzen. Unter die privaten Kaufleute werden gewisse Kohlemengen verteilt, die in ganz kleinen Mengen an die Bevölkerung die sie sich selbst abholen muß, abgegeben werden. Der Preis der Kohle beträgt 3,40 Zloty. Hierüber hinauszugeben, ist auf keinen Fall gestattet, und wenn die Stadt selbst für ihre vom Lager in der Hornstraße abgegebenen Kohlen 10 Groschen mehr verlangt, so geschieht dies, um diesen Überschuss zur unentgeltlichen Lieferung von Kohlen an die ganz Armen zu verwenden. Die Polizei bittet, vor kommende Fälle von Überforderungen für Kohle ihr sofort zu melden. Angesichts der Kohlennot wird es begrüßt, daß der Frost neuerdings wieder einmal nachgelassen hat (von -18 Grad am Mittwoch auf 9 Grad am Donnerstag früh). Mittwoch abend trat starker Schneefall ein, der die Nacht hindurch anhielt und auch den folgenden Tag sich fortsetzte. Der Verkehr der Elektrischen erlitt infolge der Schneeverstopfung der Gleise Unterbrechungen. Bei dem zur Zeit herrschenden ständig beständigen Winde hat sich obendrain noch ein unangenehmes Schneegestöber eingestellt, das erhebliche Verkehrsbehinderungen im Bahnhof verursacht.

So waren Donnerstag vormittag auf der Strecke von Thorn noch keinerlei Zug in Graudenz eingetroffen, ebenso war auch der 12-Uhr-Zug von Warschau vier Stunden später noch nicht angekommen.

× **Die Glätte** hat einen neuen Unfall verursacht. Die Frau Brzezinska, Tuschdamm 16, stürzte am Mittwoch auf dem Bürgersteig Ecke Pohlmann- und Bögenstraße hin und hat sich eine Gehirnerschütterung zugezogen.

× **In der Affäre der Wohnungsschwindel** hat die Polizei nun noch einen fünften Beteiligten, einen in der Grabenstraße wohnhaften Franciszek Garnecki, festgenommen. Die Beiträge, welche die Verhafteten ergaunert haben, belaufen sich von 10 Zloty ab bis heraus zu 500, 1000, ja 2000 Zloty. Garnecki, einer der Hauptschuldigen, hat z. B. noch am Tage vor seiner Festnahme einer durchaus nicht mit Glücksgütern gesegneten Familie 950 Zloty abgeschwindelt.

Thorn (Toruń).

Der Rückgang der Kälte.

der am Dienstag einzog, am Mittwoch allerdings durch Frost von über 20 Grad Celsius unterbrochen wurde, machte sich am Donnerstag deutlich bemerkbar. In den Morgenstunden sah das Thermometer in der Innenstadt nur 11 Grad, in den Mittagsstunden nur noch 7 Grad unter Null an. Mittwoch nachmittag sah leichter Schneefall ein, der sich später verstärkte und während der ganzen Nacht und ebenso am Donnerstag noch anhielt. Von dem starken Wind zusammengetrieben, bildete der pulverförmige Schnee besonders vor der Stadt starke und hohe Verwehungen. In einzelnen Teilen der Vorstadt Mokre erreichten diese Verwehungen Höhen von einem Meter und sogar darüber. Noch schlimmer sieht es damit im Landkreis aus. Auf der Strecke nach Culmsee sind Chaussee und Bahn dermaßen eingeschneit, daß ein Verkehr fast unmöglich ist. Deshalb blieb der Graudener Zug nicht über den Bahnhof Mokre hinauskam. Wie wir hören, befinden sich auf der Chaussee zwischen Thorn über Lissomitz-Ostholz nach Culmsee.

Schneehäfen von schwätzungsweise zwei Meter Höhe, in denen Pferde völlig versinken. An einen Verkehr ist unter diesen Umständen natürlich nicht mehr zu denken. Reisende, die Mittwoch abend von Gublerstrasse nach Thorn fahren wollten, wählten auf Anraten des Bahnpersonals den Umweg über Graudenz, da die direkte Strecke gleichfalls vollkommen verweht sein soll. Der Graudener Zug schaffte dann auch den Weg, hielt allerdings bei Lissomitz und kurz vor Thorn-Mokre je zwei Stunden, da die Gleise erst freigeschaut werden mußten. Gegen 4 Uhr morgens hatten die Reisenden dann endlich ihr Ziel erreicht. Da es der Bahnverwaltung unter den obwalenden Umständen ganz unmöglich ist, einen geregelten Verkehr aufrecht zu erhalten, ließ sie bis auf Widerruf eine Reihe von Zugpaaren aussitzen, und zwar nach Hohenholza (Abfahrt sonst 4.10 Uhr), nach Posen (Abfahrt sonst 20 Uhr), nach Bromberg (Abfahrt sonst 8 Uhr) und nach Warschau (Abfahrt sonst 7.50 Uhr). Ebenso fallen die Gegenläufe aus, die in obiger Reihenfolge um 2.24, 15.52, 17.42 und 21.55 Uhr in Thorn eintrafen.

Die **Stadtverwaltung** in Thorn hatte am Donnerstag keinen leichten Stand. Es galt noch vor Einsetzen des Straßenbetriebes wenigstens die Hauptstraßen von den ärgsten Schneemassen frei zu machen. Vom frühen Morgen an waren starke Arbeiterkolonnen tätig, die Bürgersteige freizulegen, den Schnee vom Fahrdamm zu räumen und auszuholzen und auf groben Stahlwagen abzutragen. Es muß rücksichtslos anerkannt werden, daß diese Arbeit gut organisiert war und tadellos klappte. Selbstverständlich ließ sie sich nicht sogleich in allen Straßen durchführen.

Wie die Verwaltungen des Wasserwerks und der Gaswerke bekanntgaben, ist der Frost jetzt bereits so weit in das Erdreich gebrungen, daß er den Gas- und Wasserrohren unter Umständen gefährlich werden kann. Die Hausbesitzer werden daher gebeten, ganz besonders auf etwaige Rohrbrüche zu achten. Gasrohrbrüche machen sie ja leicht durch den auffallenden Geruch bemerkbar. Wasserrohrbrüche lassen sich aber nur durch ständige Kontrolle der Wasseruhren feststellen. Um sich vor Schaden zu bewahren, ist die Kontrolle allen Hausbesitzern dringend empfohlen! Das Gaswerk unterhält während der jetzigen kritischen Zeit einen ununterbrochenen Monteurdienst, der auf Anfordern überall sofort eintreffen und nach dem Rechten sehen kann.

Die starken Schneefälle haben selbstverständlich Störungen im Telegraphen- und Telefonverkehr hervorgerufen, so hat z. B. die Wasserbaudirektion Donnerstag früh keine telefonische Wasserstandsmeldung von den Orten unterhalb Thorns erhalten. Der Thorner Pegel zeigte Donnerstag früh 1,44 Meter über Normal an. *

× **Der Magistrat gibt Kohlen ab.** Zu der gestern bereits wieder gegebenen Meldung ersahen wir noch, daß auf dem städtischen Kohlenlager, Coppernicustraße 46 (Gasanstalt) an Familien, welche keine Kohlen besitzen, solche pro Familie ein Rentner zu 3,20 Zloty verausgabt werden. Es muß eine Bescheinigung der Haushalter vorliegen werden, daß die betr. Familie tatsächlich keine Kohlen besitzt, ferner ist ein Ausweis mitzubringen.

* In diese Traner verließ wurde sie in der Schwerinstraße 7 wohnhafte Familie Sawicki. Das 2½-jährige Söhnchen Marjan fiel in eine auf dem Fußboden stehende Wanne mit lauem Wasser, das für die Wäsche bereitgestellt war, und erlitt dabei so schwere Verbrennungen, daß es am Mittwoch früh nach zweitägigem schweren Krankenlager verstarb.

× **Von der Strafkammer.** Der Magistratsbeamte Stanislaw Jonatowski in Culmsee hatte Rechnungen für Strom und Gas zu quittieren, was er auch eifrig tat und Quittungen aussetzte, das Geld aber in die eigene Tasche steckte. Plötzlich wurde er verhaftet und sein Nachfolger sollte nun die Rückstände einkassieren. Leider fand er aber bei allen häufigen Steuerzahldiensten Quittungen vor. So kam der Schwund ans Tageslicht. J. erhielt 10 Monate Gefängnis. Die Stadt hatte einen Schaden von 1500 Zloty.

— Wegen Tabaksmuggels wurden Morzeck, Blocharski, Merecz und Ułatomski zu je 12.300 Zloty und zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

* **Beschlagnahmt** zwecks weiterer Nachforschungen wurde von der Thorner Polizei ein falsches Zweitalotstück.

— Da sich sowohl unter den 0,50-, 1,00- und 2,00-Zlotystücken wie auch unter den neuen Fünfzlotystücken viele Falsifikate befinden, ist Vorsicht vor Annahme solcher Falschstücke geboten.

* **Gr. Brudarz (Kreis Strasburg), 14. Februar.** Ein raffinierter Bursche. Bei dem Gastrichter Bernd erschien ein etwa 25-27 Jahre alter Bursche und gab an, Nachst eines hiesigen Besitzers zu sein, auf dessen Rechnung er Kolonialwaren im Werte von etwa 30 Zloty nahm. Bald darauf erschien er wieder und verlangte noch einige Flaschen Cognac, Kognak und Bigarren, die er vorher vergessen hatte. Auch dies erhielt er, doch dem Wirt kam die Sache verdächtig vor und er fragte den zufällig im Dorfe weilenden Besitzer, ob er den Nachst geschickt hätte, was dieser verneinte. Bald darauf fand man den Betrüger festnehmen. Da nicht gleich die Polizei zur Stelle war, nahm der anwesende Gemeindeschreiber ihm die Kleider ab und warnte ihn in ein Fremdenzimmer des Gasthauses, wo er auch übernachten mußte. Am anderen Morgen wurden durch den Amtsdiener die Kleider dem Festgenommenen wieder zugestellt. Kurze Zeit darauf war der Inhaftierte durch den Fenster geflohen.

ch. Konitz (Chojnice), 14. Februar. Infolge der Glätte fürzte der Eisenbahner Valentyn Krzesiuk unglücklich, daß er beschwingt loslegen blieb. — In diesem hiesigen Kreises wurde ein seit längerer Zeit gesuchter Einbrecher in dem Augenblick abgefangen, als er einen neuen Einbruchsvorfall unternahm. Er wurde den Gerichtsbehörden übergeben. — Von den 1. St. entflohenen Jünglingen der hiesigen Besserungsanstalt konnten zwei in der Nähe von Culm durch einen Forstbeamten festgenommen werden. — Ferner wurde ein Mädchen festgenommen, das sich in der Stadt herumtrieb. Man stellte fest, daß es aus der Erziehungsanstalt Kamin stammt und ihrem Brotherrn entlaufen war. — In letzter Zeit wurden in der Oberförsterei Gilson hiesigen Kreises einige Wölfe beobachtet.

* **Schweiz (Swiecie), 14. Februar.** Die Kreisverwaltung Schweiz verkauft am Dienstag, 19. d. M., 12 Uhr mittags, längs des Pfasterweges Graudenz-Gruppe (in Kilometer 0,2-1,2) in Dragaz Chausseebäume (ca 60 Stück Linden, Ahorn und Eichen). Sammelpunkt der Kaufinteressenten um 12 Uhr beim Kilometerstein 0,2. Verkaufsbedingungen werden im Termin bekanntgegeben.

a. Schwedt (Swiecie), 14. Februar. Wie in den meisten Städten großer Wassermangel und Kohlennot infolge der strengen Kälte herrschen, so ist dies auch hier der Fall. Die Wasserrohre sind fast in den meisten Häusern eingefroren und müssen die Bewohner für schweres Geld (10-15 Groschen pro Eimer) Wasser kaufen. Ebenso groß ist die Kohlennot. Viele Bewohner laufen bittend von einer Kohlenhandlung zur anderen, meist vergebens, um wenn auch nur ein geringes Quantum Kohle zu erhalten.

d. Starogard (Starogard), 14. Februar. Der gestrige Viehmarkt war außergewöhnlich schlecht besucht und besucht. Der Umsatz war sehr gering. Für Pferde zahlte man 300-1000, für Kühe 300-600 Zloty. — Die Kälte weile hat hier großen Schaden angerichtet. Eine große Anzahl Stroh ist ohne Wasser, da die Wasserleitungen unter der Straße eingefroren sind. Infolge der gestrigen Schneeverwehungen ist die Stadt fast völlig vom Kreise abgeschnitten. Die Autobusse haben den Verkehr eingestellt. Die Eisenbahnen verkehren sehr unregelmäßig; das Gymnasium ist deaktiviert bis zum 18. d. M. geschlossen. Der Kohlemangel herrscht hier nach wie vor. Die Militärverwaltung hat der Stadt 500 Tonnen Kohle abgetreten.

e. Starogard (Starogard), 13. Februar. Eingebrachene sind die in der gestrigen Nacht in die Eisenbahn-Pumpanstalt, wo sie am ersten Nachmittag Kohlen stahlen. Die Diebe wurden gefangen und der Maibach ihnen abgenommen. — Der Magistrat verabschiedet Bedürftigen Marken zum Kohlenkauf im Rathaus, Zimmer 16. — Im Kreise sind folgende Heimgästestationen eingerichtet: Schwarzwald bei Bobieck 3 Hengste. Pilsnik bei Tuchler 2 Hengste und im Gestüt in Starogard 5 Hengste. Die Deckzeiten wurden wie folgt festgesetzt: bis Ende März 8-10 und 15-17 Uhr. vom 1. April 7-9 und 16-18 Uhr. — Infolge der andauernden Kälte ist die hiesige Volksschule geschlossen worden.

Freie Stadt Danzig.

* Fünf Brände an einem Tage. Am Mittwoch wurde die Feuerwehr fünfmal alarmiert; jedoch handelte es sich in allen Fällen um kleinere Brände. Gegen 11 Uhr vormittags brannten in einer Tischlerei in der Targauerstraße Holzbänke und die Dachschalung. Das Feuer war durch Überhitzung des Herdes entstanden. Kurz darauf war im Treppenhaus des Vordergebäudes Langgasse 27 infolge unvorhergesehener Umgehens mit einer Völkampfe ein Teil des Fußbodens und der Deckenschalung in Brand geraten. Gegen

5 Uhr nachmittags geriet durch ein schlecht isoliertes Ofenrohr in einem Laden des Hauses Stadtgraben 47 ein Teil der Einrichtung in Brand. Gegen 8 Uhr abends brannten in einem Zimmer des Hauses Hundegasse 128 ein Korbessel und ein Plätzchentisch, und endlich entstand noch zwischen 8 und 9 Uhr abends im Hause Radetzkyweg 12 ein Fußbodenbrand. Sämtliche Brände konnten in kurzer Zeit, zumeist mit der Eimerpritsche, gelöscht werden.

* **Unterschlagungen bei der Straßenbahn.** Die Direktion der Danziger Elektrischen Straßenbahn A.-G. hat am Montag festgestellt, daß in der Fahrseitenabrechnung ihres Betriebes Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Über die Höhe der Veruntreuungen steht noch nichts fest. Gegenwärtig sind zwei höhere Beamte mit den Kontrollarbeiten beschäftigt, die sich außerordentlich schwierig gestalten, da die Unterschlagungen möglicherweise auf längere Zeit zurückgehen. Als Täter sollen mehrere Angestellte in Frage kommen. Bislang sind ein Kassenwachter und zwei Bureaubeamte vom Dienst suspendiert worden. Unter diesen befindet sich ein Straßenbahnsekretär, der bereits zwanzig Jahre bei der Straßenbahn beschäftigt ist. Inzwischen ist bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet worden.

Das Schicksal der polnischen Schweine in Österreich.

In der vergangenen Woche sollte eine Konferenz zwischen dem Kanzler Seipelt und den Vertretern des österreichischen Landbundes in der Frage der bekannten Forderungen der österreichischen Landwirte bezüglich der Einführung der Einfuhr von polnischen Schweinen nach Österreich stattfinden. Die österreichische Regierung befindet sich hier in einer sehr schwierigen Lage, da der Landbund im Parlament über neun Stimmen verfügt, die im innerpolitischen Leben Österreichs die Rolle des Königs an der Wage spielen. Der Landbund fordert von der Regierung eine Kündigung des Handelsvertrages mit Polen und Kontingentierung der Einfuhr von Schweinen aus Polen nach Wien. Die österreichische Industrie bangt dagegen fürchtet, daß sie beim Eingehen auf diese Forderungen ihren Absatzmarkt in Polen verlieren könnte.

Der Kanzler Seipelt betrieb längere Zeit hindurch den Landwirten gegenüber eine Beispielerungspolitik in der Hoffnung darauf, daß in den zwischen Vertretern der Industrie, der Landwirtschaft, des Vieh- und Fleischhandels und der verschiedenen Berufsvereinigungen geführten Verhandlungen ein Projekt entstehen wird, mit dem auch die Landwirte einverstanden sein werden. Tatsächlich haben Kreise des Fleischhandels auch ein Projekt ausgearbeitet. Darin wird vorgeschlagen, die Freiheit in der Form zu lösen, daß von nun auf an den Wiener Markt ausgetriebene und ausländischen Schweinen eine kleine Gebühr in Höhe von 5 Groschen für das Kilogramm Lebendgewicht erhoben wird. Dadurch soll ein Fonds geschaffen werden, mit dem durch Vermittlung der Landwirtschaftskammer die insändische Schweineaucht unterstützt werden soll. Die Landwirte haben ihren Standpunkt hierzu noch nicht bekanntgegeben und eine eingehende Diskussion mit den Regierungsvorvertretern wird erst dann möglich sein, wenn der gegenwärtig grippelkrank Kanzler Seipelt seine Regierungsgeschäfte wieder übernommen haben wird.

Inzwischen hat der Reichsbauernbund, eine Gruppe der Christlich-katholischen Partei, in einer Konferenz mit dem Finanzminister Kienböck und dem Landwirtschaftsminister Thaller in ultimativer Form die Forderung ansetzt, den österreichisch-polnischen Handelsvertrag sofort zu kündigen. Jedoch ist auch hierüber noch keine Entscheidung getroffen, daß Schicksal der polnischen Schweine in Österreich in also noch immer ungewisst.

Die Kosten des polnischen Schweineexports nach Österreich haben sich für ein Kilogramm Lebendgewicht wie folgt dar:

Brachtfüllerei, Transportkosten, Versiegung und Expedition 10 österreichische Groschen, Zoll 26 österreichische Groschen, Transportkosten 3 Groschen, Gewichtsabreißdifferenz 6 Groschen, Umsatzsteuerdifferenz 2 Groschen, insgesamt also 47 österreichische Groschen oder 59 polnische Groschen für ein Kilogramm Lebendgewicht. Bei geschlachtetem Zustande nach Österreich eingeführter Ware betragen die Kosten über 50 österreichische Groschen oder 68 polnische Groschen.

Thorn.

Herde
in verschiedenen Größen
empfehlen 1700
Falarski & Radaik
Tel. 501. Toruń Tel. 661.
Szeroka 44. Stary Rynek 28.

Leon Hinz i S-ka

Mostowa 9 TORUŃ Tel. 475

Spedition - Rollfuhr

Möbeltransport

Soczialität: Lastautos für Möbeltransport

Weiße Speisephonen

rauft gegen sofortige Rasse

Richard Lemplin, Toruń, Nr. 32.



Wüschemangeln in allen Größen empfehlen

Falarski & Radaik

Szeroka 44 Toruń Stary Rynek 36

Tel. 561

1700

Richtl. Nachrichten.

Sonntag, den 17. Febr. 29.

(Inserat)

Richtl. Nachrichten.

Son

Kleine Rundschau.

* Wie Händel eine Vorstellung erzwang. Der Komponist Händel war bekanntlich sehr jähzornig, wenn sich jemand seinen Unwillen zugezogen hatte und soll manchmal recht handgreiflich geworden sein. Eines Abends saß er am Diktientisch und wollte vor vollbesetztem Hause eben eine Oper beginnen, als ihm die Nachricht überbracht wurde, daß die die Titelrolle singende "Coppa" heute nicht auftreten könne, da sie stark erkältet sei. Das kann ja vorkommen, aber der Komponist glaubte, nach ähnlichen Erfahrungen zu schließen, daß es nur eine Lügne der Diva sei. Wie er stand, eilte er wutschauend zur Coppa, riß die Tür auf, fand die tatsächlich vom Schmuppen gefallene Sängerin mit starken Armen und trug sie zum Fenster. "Wenn Sie nicht sofort singen", schrie er sie an, "liegen Sie in der nächsten Minute auf dem Straßengräber." Gegen dieses zarte Argument hatte die Sängerin nichts einzubringen. Sie fuhr mit Händel zum Theater und sang an diesem Abend wie eine Nachtigall.

Literarische Rundschau.

Das etwas blutrünstige Andenken Buffalo Bills wird von dem Schriftsteller Richard F. Walsh in einem Buche angegriffen. Walsh behauptet, dieser sei in seinem Leben ganz anders gewesen, als ihn die Legende zeichnet. Nach dem neuen Buffalo Bill-Biographen soll der berühmte Wildwestmann während des Bürgerkrieges nicht Offizier, sondern Ordonnausreiter gewesen sein. Seine erschrecklichen Kämpfe mit den Indianern bezeichnet Walsh als reine Erfindung, und von den ihm nachgesagten 187 Verwundungen will der Schriftsteller nur eine einzige, noch dazu sehr leichte gelten lassen. Die Treffsicherheit, die später von Millionen im Wunderzirkus bewundert wurde, beruhte angeblich darauf, daß Bill an Stelle der vorgetäuschten Augel Hühnerbrut benutzte. Außerdem soll Buffalo Bill wahrscheinlich nicht einen einzigen Indianer geschweige denn Tuyende, in die ewigen Jagdgründe geschickt haben.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einigers versiehen sein; anonyme Anfragen werden gründlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beilegen. Auf dem Kuvert ist der Bemerk "Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

Horn Nr. 100. 1. Sie können das Grundstück gleich auf den Kästen übertragen. 2. Sie müssen Gebühren bezahlen. 3. Die 15.000 Mark hatten nur einen Wert von 187,50 Zloty. Sie brachten an jedem nur 12,50 Zloty zu zahlen. 4. Die Quittung muß öffentlich beglaubigt sein (v. h. von Gericht oder Notar). 5. Die Quittungen können in Deutschland ausgestellt und in deutscher Sprache abgefaßt sein, müssen aber dort von der Polizei beglaubigt sein. 6. Die Quittungen können an Sie geschickt werden. 7. Die Kosten erfahren Sie in der Gerichtsstanzlei. 8. Ohne Ihre Einwilligung kann der Mängel einer Hypothek nicht verändert werden. 9. Sie können das Restkaufgeld in Zloty, in Gold oder in Dollar einzuzahlen.

Gedenkt der hungernden Vögel!

Wirtschaftliche Rundschau.

Statistik der Wechselprojekte. Wie bereits gemeldet, wurden im Dezember 1928 in ganz Polen 318.128 Wechsel protestiert, die einen Wert von 67.668.000 Zloty hatten. Der Durchschnittswert eines Wechsels beläuft sich auf 225 Zloty. In Pommerellen wurden 6793 Wechsel im Werte von 2.184.000 Zloty protestiert, in Posen 12.947 im Werte von 5.564.000. In der Stadt Thorn wurden 930 Wechsel im Werte von 389.000 Zloty, in Bromberg 1780 im Werte von 508.000, und in der Stadt Posen 5711 im Werte von 2.082.000 Zloty protestiert.

b. Der Zusammensluß der polnischen Raphthaaffinerien ist bekanntlich noch immer nicht vollständig, da dem sog. Raphthaaffinat nur die 10 großen Raffinerien angehören, die allerdings fast 90 Prozent der Gesamtproduktion vertreten. Um das eigentliche Ziel der Kartellbestrebungen, nämlich die Ausschaltung von Preis-

unterbietungen, zu erreichen, sind schon vor längerer Zeit Verhandlungen mit den Außenseitern geführt worden, worüber wir wiederholst berichtet haben. Noch im vergangenen Herbst hoffte man, daß die kleinen Raffinerien — es sind im ganzen dreißig, die aber zum größten Teil außer Betrieb sind, weil es ihnen an Rohstoffmangel — alsbald ihren Beitritt zum Syndikat erklären würden. Schließlich haben auch drei dieser Raffinerien, darunter Bolin u. Liebermann, sowie "Lama" in Kreisowice Mitte Januar d. J. ihre Unterschrift unter das Syndikatsabkommen gesetzt. Die Verhandlungen mit den übrigen Firmen, denen ein letzter Termin bis zum 1. Februar gesetzt worden war, haben sich aber jetzt endgültig erschlagen nachdem diese am 6. d. M. die Bildung einer eigenen Organisation beschlossen haben. Nun wird also damit gerechnet, daß auf dem polnischen Inlandsmarkt der Wettbewerb aufs neue entbrennen wird, da die kleinen Raffinerien, die allerdings meistens nur ziemlich veraltete Produktionsanlagen besitzen, immerhin schon deshalb etwas billiger arbeiten können, als sie sich an dem verlustbringenden Exportgeschäft nicht zu beteiligen brauchen und auch nicht die hohen Kosten die den Syndikatsmitgliedern durch die Beiträge an die Fortwährgesellschaft "Pionier" auferlegt sind, tragen müssen. Wie sie hören, ist das Scheitern der Verhandlungen hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die kleinen Raffinerien eine Garantie für die unbedingte Einhaltung der ihnen angekündigten Rohstoffkontingente verlangen. Nun ist bekanntlich die Rohstoffproduktion im großen und ganzen noch immer rückläufig, und es werden mindestens 2 bis 3 Jahre vergehen, ehe die Arbeiten der "Pionier" A.-G. eine Verstärkung der Rohstoffproduktion erwarten lassen. Deshalb wollte das Syndikat eine gewisse Garantie höchstens bis zu 75 Prozent der Rohstoffkontingente übernehmen und dem Handelsminister die Entscheidung zufügeln für den Fall, daß auch diese 75 Prozent nicht den kleinen Raffinerien zur Verfügung gestellt werden könnten.

b. Die volkswirtschaftliche Produktion belief sich 1927 (für das amtliche Daten soeben erst veröffentlicht werden) auf 1.215.203 kg., d. h. nur auf die reichliche Hälfte der Produktionskapazität, die 2.102.700 kg. beträgt. Außerdem sind 820.208 Meter Watteflan hergestellt worden. Tätig waren 30 Fabriken, davon 23 in den zentralen, 5 in den westlichen und 2 in den südlichen Wojewodschaften.

Ronturie.

Konkurs der Firma "Manufaktura" - Bromberg. Über das Eigentum des Kaufmanns Ernst Stein, Inhaber der Firma "Manufaktura", Bromberg, Chausseestraße (Grünwaldsz) 184, wurde mit dem 12. Februar d. J. das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter ist der Advokat Chrzanowski, Bromberg, Danzigerstraße 104. Gläubigeransprüche sind im Amtsgericht (Sąd Grodzki) bis zum 16. März d. J. einzureichen. Gläubigertermine sind für den 6. und 22. März, 11 Uhr vormittags, im Amtsgericht festgesetzt. Der in Konkurs geratene Firma gehörende Sachen, sowie an sie zu zahlende Geldbeträge sind bis zum 6. März d. J. bei der obigen Behörde anzumelden.

Wienmarkt.

Posener Börse vom 14. Februar. Gest verainstliche Werte: Notierungen in Prozent: 5proz. Konvertierungsanleihe (100 Zloty) 65,00 G. 8proz. Obligationen der Stadt Posen (100 G. Zloty) vom Jahre 1926 92,00 G. 8proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 D.) 92,00 G. 4proz. Konvertierungsanleihe der Posener Landschaft (10 Zloty) 49,00 G. Tendenz behauptet. — **Industrieaktien:** Dr. Roman Maj 111,50 G. Tri 175,00 G. Unia 171,00 G. Tendenz behauptet. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Geldmarkt.

Der Zloty am 13. Februar. Danzig: Ueberweisung 57,74 bis 57,89, bar 57,77—57,9. Berlin: Ueberweisung Warischau 47,125—7,3. Ueberweisung Raffow 47,125—47,825. Ueberweisung Po 47,125—47,825, Bar ar. 47,025—47,425, 3 ür rich: Ueberweisung 58,30. London: Ueberweisung 48,30. Bulgarie: Ueberweisung 18,40. Budapest: bar 64,10—64,40, Prag: Ueberweisung 37,8%. Mailand: Ueberweisung 214,75.

Amtliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 13. Februar. In Danziger Gulden wurden notiert: Devisen: London 25,02%, Gd. 25,02%, Br. Newport — Gd. — Br. Berlin — Gd. — Br. Warischau 57,77 Gd. 57,92 Br. Noten: London — Gd. — Br. Berlin — Gd. — Br. New York — Gd. — Br. Holland — Gd. — Br. Warischau 57,74 Gd. 57,89 Br.

Zürcher Börse vom 13. Februar. (Amtlich) Warischau 58,30, Newport 5,195, London 25,24%, Paris 20,30%, Wien 78,05, Prag 15,38%, Italien 27,20, Belgien 72,20, Budapest 90,66%, Helsingfors 13,09, Sofia 75,1%, Holland 208,27%, Oslo 138,70, Copenhagen 138,70, Stockholm 139,00, Spanien 81,25, Buenos Aires 2,18, Lofto 2,35%, Rio de Janeiro —, Bulgarie 3,11%, Athen 6,72, Berlin 128,37%, Belgrad 9,12%, Konstantinopel 2,56, Got. todg. — %, Priv. Dist. 4,8% — Taal. ve. — %.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar gr. Scheine 8,85, Bl. d. 11. Scheine 8,84 3L. 1 Bd. Siering 43,11 3L. 100 Schweizer Franken 170,85 3L. 100 franz. Franken 34,70 3L. 100 deutsche Mark 210,76 3L. 100 Danziger Gulden 172,33 3L. tschech. Krone 26,28 3L. öster. Schilling 124,73 3L.

Deutsche Devisenkurse.

Off. Diskont-We	Für drahtlose Ausgabe	In der Börse am 14. Februar	Im Reisemarkt am 13. Februar
	Ged.	Brief	Brief
—	Buenos-Aires 1 Pe.	1.775	1.773
5,48%	Kanada . . 1 Dollar	4.203	4.199
—	Triv. . . 1 Pe.	1.905	1.907
—	Rairo . . 1 aa. Bl.	—	—
4,5%	Konstantinopel 1 tl. Bl.	—	—
1%	London 1 Bl. Ster.	20.433	20.44
—	New York . . 1 Dollar	4.211	4.2125
—	Rio de Janeiro 1 Mtr.	0,51	0,50
—	Uruquai 1 Goldpe.	4.311	4.311
4,5%	Amsterdam . . 100 fl.	163,65	168,63
10%	—	—	—
4%	Brüssel-Ant. 100 Fr.	58.503	58.535
6%	Danzig . . 100 fl.	—	—
7%	Helsingfors 100 fl. M.	13,51	10,59
6%	Italien . . 100 Lira	22,02	22,07
7%	Kugelblätter 100 Dir.	—	7.390
5%	Kopenhagen 100 Kr.	117,31	112,53
8%	Lissabon . . 100 Esc.	—	18,64
3,5%	Oslo-Christ. 100 Kr.	112,31	112,31
3,5%	Paris . . 100 Fr.	16.435	16.435
5%	Praha . . 100 Kr.	12,43	12,45
3,5%	Schweiz . . 100 Fr.	80,75	80,97
10%	Sofia . . 100 Lira	—	3.037
5,5%	Spanien . . 100 Pes.	36,10	66,97
4%	Stockholm . . 100 Kr.	114,54	112,58
6,5%	Wien . . 100 Kr.	—	53,15
7%	Budapest . . 1 Pengő	—	73,33
8%	Warischau . . 100 Zl.	—	47,125

Produktionsmarkt.

Getreide und Getreimittel. Katowitz, 13. Februar. Preise für 100 kg.: Anlands- und Exportmehl 43—44, Anlandsroggen 34—35, Exportroggen 30,50—40,50, Anlandsbafer 36—37, Exportbafer 40—41, Anlandsgerste 40—41, Exportgerste 43—44, Leinuchenfranz. Station des Abnehmers 52—53, Sonnenblumenfranz 48 bis 50, Weizenkleie 28,50—29, Roggenkleie 9,50—10,50, Heu 27—28 Tendenz zwang.

Berliner Provinzienmarkt vom 14. Februar. Getreide und Getreide für 100 kg.: Rote 100 kg. sonst für 100 kg. in Goldmark. Weizenmärz. 219—21. März —, Roggenmärz. 207—230. März —, Mai —, Getreide: Braunernte 918—230, Rüttlergerste 192—202, Hafermärz. 290—295. März —, Mai —, Juli —, Mais 238—239. Weizenmehr. 65—80—81. März —, Roggenmehr. 7,65—29,85. Weizenrie. 15,50 bis —, Weizenleimerei 15,50 bis —, Roggenleimerei 14,75. Raps —, Rapsförderer 40—46. Kleine Senfserben 27—33. Rüttlererben 21—23. Beulchen 22—24,00. Ackerbohnen 21—23. Widen 26—28. Lupinen, b. a. 15,8—16,50. Lupinen, qd. 19,00 bis 20. Seradella, neue 40—45. Rapstuchen 20,40—20,60. Leintuchen 25,00 bis 25,40. Trockenrohze. 13,50—13,80. Sonnashrot 22,70—23,00. Kartoffelflossen 19,70—19,00.

Berliner Eisennotiz vom 13. Februar. Ausländische Eier, Kühlhäuser Sid. 12 1/2—14, normale 11—12 1/2, kleine und Schmuseier —.

Materialienmarkt.

Berliner Metallbörse vom 14. Februar. Preis für 100 Kilogr. in Go-D-Mark Elektrolytfuger (wirears), prompt ex. Hamburg, Bremen oder Rotterdam 171,00 Remaite-Blattzinn von handelsüblicher Beschaffenheit —, Orixinalhüttenzinnum (98,99%) in Blöcken, Walz- oder Drahtbarren 190 do. in Walz- oder Drahtbarren 99%, 194, Remaite 98—99% 350. Antimon-Regulus 78—83, Feinsilber für 1 Kilo, tein 76,75—78,50.

Geflügelmarkt.

Berliner Geflügelnotiz vom 13. Februar. Geschlachtetes Geflügel: Hühner, hie. Suppen. 1/2, Kg. 1,30—1,35, 1/4, Kg. 1,00 bis 1,10, Boulets, 1/2, Kg. — bis —; Hähne, alte 1/2, Kg. 0,90—1,00; Tauben, junge Stiel 1,20—1,40, alte Stiel 0,80—0,90, Italiener — bis —; Gänse, ruh. a. 1/2, Kg. 0,90 bis 1,00, 1/4, Kg. — bis —; Enten, a. 1/2, Kg. 1,20—1,40, 1/4, Kg. 1,00—1,20; Buten, Hähne 1,10—1,20, do. Hennen 1,25.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 15. Februar. Krakau +, Jawischow +, 0,8, Warischau +, 1,7, Block +, 1,70, Thorn +, 1,44, Gordan +, 0,81, Culm +, 1,22, Graudenz +, 1,36, Kurzbrak +, 0,54, Montau +, 0,22, Dirichau +, 0,87, Einlage +, 1,94, Schiewenbrück +, 2,00.

Wohnungen

Junges Ehepaar sucht 2-3-Zimm. Wohn. Zanie 1—2 d. Miete im voraus, a. Repar. Off. u. L. 1247 a. d. Gicht. d. Sta.

Wohnung

2 Zimm. m. Zubeh. mögl. in Obole oder Nähe des Bahnhofs, gca. zeitgemäße Miete geucht. Offert, unter R. 2070 a. d. G. d. Stg.

2-3-Zimm. - Woh.

dir. vom Wirt geucht. Zahlre. nach Vereinbar. Sikorski, 1248 Gientiewicza 40.

Möbl. Zimmer

Gut mob. Zimm. ev. Eing. zum 1.3. zu verm. Edanska 4c, Tr. 1243 Frendl. möbl. Zimm. mit Telefon, Centraltele. hörung u. zu verm. Dworeowa 30 1. 1. 125

Bensionen

Ich neame zur Mutterziehung meiner Tochter intelligentes, 12—13

Trotz Milderung des Frostes — Not überall.

Trotzdem die Kälte seit Mittwoch in ganz Polen bedeckt nachgelassen hat, machen sich die Folgen des schweren Frostes noch immer bemerkbar. Aus allen Teilen des Landes kommen Nachrichten über die herrschende Kohlennot, über Kohlbrücke und Wassermangel. In der Stadt Lübeck soll man für einen Eimer Wasser einen Blotz bezahlen. Die Stadt Lemberg hat drei Feldküchen aufstellen lassen, um der ärmeren Bevölkerung warme Mahlzeiten verabreichen zu können, da diese infolge der Kohlen- und Wassernot sich solche nicht bereiten können.

Die letzten Tage haben große Verwehungen gebracht. Besonders die Wojewodschaft Pommerellen ist von diesen Schneeverwehungen heimgesucht worden. Bahnen und Chausseestrecken sind stellenweise bis zwei Meter hoch bedeckt. Ausführlich berichten wir über die Lage in und bei Thorn in dem Thorner Teil unserer heutigen Ausgabe. Im Danziger Hafen ist keinerlei Änderung eingetreten, 110 Dampfer liegen im Eise fest und haben keine Möglichkeit, den Hafen zu verlassen. Der Hafenrat hat sich nach Neval gewandt und um die Entsendung eines Eisbrechers gebeten. Die dänischen Kohlenimporteure haben einen finnischen Eisbrecher nach Danzig geholt, um den dänischen Kohlendampfern den Weg freizumachen. Im Hafen von Gödingen befinden sich 30 Dampfer. Das Handelsministerium hat in Stockholm einen starken Eisbrecher angefordert, der in Gödingen bereits am 12. d. M. eingetroffen ist. Es ist der schwedische Eisbrecher "Balbar" mit 660 Pferdestärken. Der Eisbrecher ist ununterbrochen tätig, die Fahrstraße im Hafen freizuhalten, so daß der Verkehr aufrichtig erhalten werden konnte. Die Dampfer warten jedoch eine Änderung der Wetterlage ab, um dann erst ihren Weg fortzuführen.

Not in Grönland — trotz Wärme!

Berlin, 15. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Oslo wird mitgeteilt, daß in Bardø, an der Nordküste von Norwegen, kürzlich eine Durchschnittstemperatur von 8 Grad Wärme notiert wurde. Die Wärme welle ist aus Grönland gekommen und wirkte sich geradezu katastrophal für die Eskimos aus, die infolge Schneemangels mit ihren Hundeschlitten nicht auf die Jagd gehen können und deshalb Hunger leiden.

Aus Stadt und Land.

Acht Mann auf einer Eisscholle. — Drei Mann erfroren.
Aus Lindau wird dem "Berl. Tagebl." gemeldet: Der Bodensee ist bekanntlich so gut wie zugestoren. Diese Gelegenheit wollten fünf junge Leute und drei Erwachsene benutzen, um von der Ortschaft Hard am bayerischen Ufer des Bodensees den Bodensee nach der Schweizer Seite hin zu überqueren. Sie waren schon längere Zeit auf dem Marsch, als plötzlich ein scharfer Südwestwind einsetzte und eine gewaltige Eisscholle löste, auf der die acht Personen in den See hinausgetrieben wurden. Hilfesruhe konnten bei dem starken Sturm nicht vernommen werden. Die ganze Nacht über trieben die Unglückslichen auf dem See umher. Am andern Morgen früh gegen 9 Uhr versuchte man in der Nähe von Wasserburg die ersten Helfer, und man versuchte, mit Booten an die Eisscholle heranzukommen. Endlich gelang dies. Die Helfer fanden drei der acht Personen bereits tot vor, während die anderen fünf mit vollkommen erfrorenen Gliedern, Händen und Füßen, gerettet werden konnten.

Aus dem Bromberger Stadtparlament.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung war von sehr kurzer Dauer. Sie wurde um 7.30 vom Vize-Stadtverordnetenvorsteher Saurinian eröffnet und war bereits um 8 Uhr beendet. Den Hauptteil der Beratungen nahm die aktuelle Frage der Kohlenversorgung der Stadt in Anspruch. In dieser Angelegenheit lag eine Interpellation vor, die den Magistrat um Auskunft über die Schritte bat, die er zur Behebung der Kohlennot unternommen habe. Vizestadtpresident Dr. Chmielewski schied daraufhin die verschiedenen Konferenzen und Versammlungen des Magistrats, die Konferenzen mit der Handelskammer und dem Wojewoden, über die wir in der "Deutschen Rundschau" in den letzten Tagen berichtet hatten. Der Redner konnte die Mitteilung machen, daß drei bis vier Kohlenzüge nach Bromberg unterwegs sind. Außerdem hat die Bahnverwaltung der Stadt Kohlen zur Verfügung gestellt, von denen in der Gasanstalt an die ältere Bevölkerung, die einen Ausweis vom Polizeikommissariat vorlegen muß, je ein Zentner pro Familie abgegeben wird. Zudem hat sich der Magistrat an die Forstverwaltung um Abgabe von Holz gewandt, und hat ein diesbezügliches Angebot an die hiesigen Kohlenhändler weitergeleitet. Die dem Magistrat zur Verfügung stehenden Kohlen werden vor allen Dingen für die Krankenhäuser, die öffentlichen Institute und nicht zuletzt für die Gasanstalt und das Elektrizitätswerk verwendet. Außerdem hat der Magistrat an die Mitglieder des Stadtparlaments, die gleichzeitig Abgeordnete sind, Telegramme gerichtet, in denen diese um Intervention bei den Ministerien gebeten werden. Nach den Äußerungen des Vizestadtpresidenten zu urteilen, dürfte die Kohlennot nach dem Eintreffen der erwarteten Kohlenzüge hoffentlich bald und für immer behoben sein.

Die Erledigung der übrigen Tagesordnung brachte zunächst einige Eratzwahlen, ferner die Genehmigung der Versammlung, dem Sportplatz an der Nekelerstraße den Namen des verstorbenen Stadtrats Switals zu geben, schließlich eine grundsätzliche Zustimmung zur Anlage eines Nebengleises der Firma Brügel an der Berliner Chaussee, wo später eine chemische Fabrik errichtet werden soll.

Eine lebhafte Diskussion löste der Magistratsantrag auf Auszahlung von 25 000 Blotz an den Direktor des Stadttheaters für angefaßtes Inventar und die Erhöhung der monatlichen Subvention von 5000 auf 7000 Blotz aus. Das Desfizit des Theaters beträgt nämlich 39 000 Blotz, die Kommission trat dafür ein, dem Theater nur 19 000 Blotz zurückzuerstellen. Bei dieser Gelegenheit stellte der Stadtverordnete Endriss (Deutsche Fraktion) den Antrag, auch der "Deutschen Bühne" die Billetteuer in Höhe von 2900 Blotz zu erhöhen. Die Versammlung sprach sich schließlich für den Magistratsantrag auf Bewilligung von 25 000 Blotz aus und vertrat die Angelegenheit der Erhöhung der monatlichen Subvention. Unter dem Hinweis, daß kein Antrag bei den in der nächsten Sitzung beginnenden Budgetberatungen eine günstige Erledigung finden würde, wurde der Stadt. Endriss gebeten, seinen Antrag zurückzuziehen, was dieser auch tat.

An die öffentliche Sitzung schloß sich eine geheime an.

An unsere Postbezieher!

Wir bitten dringend

Schon jetzt

die "Deutsche Rundschau" für März bei Ihrem Postamt oder Briefträger zu bestellen. Besonders Neubesteller sollten ihre Bestellung umgehend bei ihrem Postamt aufgeben, wenn sie vom 1. März an pünktliche Lieferung haben wollen.

Postbezugspreis für den Monat März 5,36 zt
einschließlich Postgebühr.

Amaf-Seifenflocken

sind halb so teuer aber ebenso gut wie sämtliche ausländischen Seifenflocken.

Vom Wagen gestohlen wurde der Frau Marianne Winkelmann, Beelitzerstraße 36, eine Handtasche mit 22 Bl., einem Sparkassenbuch über 600 Blotz und verschiedenen Dokumenten.

Vereine, Veranstaltungen ic.

Cirk "Medran", Pakets Park. Sonnabend, den 16. 2. 8.15 Uhr, große Vorstellung. Sonntag 2 Vorstellungen, 4 Uhr nachmittags, 8.15 Uhr abends, mit vollständig neuem Programm. Für Kinder ermäßigte Preise. (1259 Singkreis. Wir singen erst Sonnabend, den 23. Februar. (1255

* Gießen (Gnezen), 15. Februar. Das hiesige Töchterpensionat Geschwister Huwe feierte am 9. Februar das Fest, das durch Bühnendarbietungen eingeleitet wurde. Es kamen zwei Singviele "Die Maus" von Otto Forberg und "Die musikalische Kochschule" von Linke zur Aufführung. Schließlich brachte noch der Pensionstöchterchor das schlichte Volkslied "Heins Liebchen mein unterm Nebendach" mit lebendem Bühnenbild zum Vortrag. Die Einstudierung der Singviele hatte freundlicherweise die Gesanglehrerin Fräulein Ella Karbock aus Posen übernommen. Aufschreiter Beifall lohnte die Mühe der Aufführung. Von einer weiteren Kunst der Pensionstöchter kündete um Mitternacht die Imbißtafel, die sie den Festgästen gedeckt hatten. Da reizten kunstvoll garnierte Salate ebenso zum Zugreifen wie ledere Brötchen von schön hergerichteten Platten. So stieg die Feststimmung und hielt bis zum Ende bei Tagesanbruch an. Allen Teilnehmern wird das Haftnachtsfest des Töchterheims in Gnezen zweifellos eine schöne Erinnerung bleiben.

* Inowrocław, 14. Februar. Ein Brand brach infolge unvorsichtigen Umgehens mit Feuer auf dem Bodenraum der Burschukawka an der Bahnhofstraße Nr. 12 aus, der dank der sofort in Angriff genommenen Rettungsaktion noch im Entstehen unterdrückt werden konnte. Der angekündigte Schaden ist nur gering. — Infolge der herrschenden Glätte auf dem hiesigen Bahnhofe glitt der Schlosserlehrling Jan Luczak aus und stürzte derart unglücklich zu Boden, daß er sich das rechte Bein brach.

* Kempen (Kepno), 14. Februar. Ein Brand brach am Sonnabend nach der Milchwagen aus. Dorudow ohne Kutscher vor die hiesige Molkerei gefahren. Als man den Wagen näher untersuchte, fand man den Kutscher, einen 16 Jahre alten Jungen, als Leiche im Wagen liegend auf. Aufcheinend ist der Tod durch Erstickung eingetreten.

* Labischin (Labischin), 14. Februar. Eine besonders lebhafte Stadtverordnetenversammlung war die erste in diesem Jahr. In der ersten Sitzung des neuen Jahres muß ein neuer Stadtverordnetenvorsteher gewählt werden. Der bisherige Vorsteher B. Smierschalski legte sein Amt nicht nieder, obgleich er von einem Stadtverordneten dazu aufgefordert wurde. Er überließ auch die Leitung der Wahl nicht dem ältesten Mitgliede der Versammlung, sondern entschloß sich endlich, selbst die Wahl zu leiten. Es wurde der Bädermeister A. Zafajewski zum Vorsteher und B. Poncsek zum Stellvertreter gewählt. Die beiden Stadtverordneten der Minderheit hatten sich bei der Wahl der Stadtverordneten angeschlossen, die für eine gute Zusammenarbeit aller zum Wohle der Stadt und aller Bürger eintreten. Die Partei des ehemaligen Vorsteher hat gegen die Minderheit gearbeitet. Jetzt kamen bei der Wahl der Kommissionen die Vorschläge dieser Partei nicht zur Annahme, worüber sich B. so erregte, daß er in den Saal schrie: "Schmach und Schande, daß sich die Polen mit den Deutschen die Hände reichen!" Darauf verließen er und seine Anhänger den Saal. Der Stadtverordnete B. Smierschalski rief noch den verbleibenden Stadtverordneten zu: "Heute fahren wir noch nach Berlin!" Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde der Statut der Rechenkommission zur Prüfung übertragen. In der nächsten Sitzung wurde dann der Statut mit 58 000 Blotz angenommen. — Die "Gazeta Bydg." nimmt den Verlauf dieser stürmischen Sitzung zum Anlaß, um auf die Polen, die mit den Deutschen zusammen arbeiten, zu schimpfen. Sie ergeht sich hauptsächlich gegen den Stadt. Karl Rehwald, den sie den "Organisator" dieser Neuordnung nennt und zwar aus dem Grunde, weil er sämtliche Wahlvorschläge der einen Partei zur Verlesung brachte. Bekanntlich steht das Recht, Wahlvorschläge zu machen, jedem Stadtverordneten zu. Es ist also gerade lächerlich, einem Stadtverordneten aus diesem Grunde Vorwürfe zu machen.

* Labischin (Labischin), 14. Februar. In dem nahegelegenen Hallirich fand kürzlich ein Vergnügen der Raiffeisen-Genossenschaft statt, das mit einem Theatervorstand und Delamation verbunden war und einen sehr harmonischen Verlauf nahm. — Vor einigen Tagen brannte dem Schmiedemeister Wollny die Schmiede ab. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Als Ursache des Feuers wird Brandstiftung angenommen.

Haushaltungskurse in allen Fächern des Haushalts veranstaltet die Haushaltsschule Rawicz (Rawicze). Beginn des Halbjahres Donnerstag, den 4. April 1920. Näheres siehe Anzeige in der heutigen Ausgabe. (2242

Chefredakteur: Gottlob Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Hans Wiese; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marion Hofke; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann, G. m. b. H. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten einschließlich "Der Hausfreund" Nr. 39.

In Deutschland

liest die

Deutsche Rundschau

für März einschl. Porto 2,50 Reichsmark.

Zahlung auf Postcheck-Konto Stettin 1847.

Heute abend 7 Uhr entschlief sanft nach langem schweren, mit großer Geduld getragenem Leiden unsere herzensgute Mutter, Großmutter, Urgroßmutter und Schwester

Amalie Riemer

verw. Ueler geb. Röhrig

im Alter von 85 Jahren 5 Monaten und 20 Tagen.

Dies zeigen tiebetrübt an

Die trauernden Hinterbliebenen

Willy Riemer u. Frau Meta geb. Lünser.

Rudn, den 13. Februar 1929. 1258

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 19. Februar, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Ehret das Andenken Eurer lieben Verstorbenen durch ein Grabdenkmal.

Eine vernachlässigte Ruhestätte bietet immer einen traurigen Anblick.

1739

Durch meine seit 34 Jahren bestehende Firma und mit Unterstützung von ersten Fachleuten bin ich in der Lage, das denkbar Beste und Sauberste in höchster Vollendung zu leisten. Keine maschinelle Massenfabrikation.

Niedrige Preise.

Zahlungserleichterung.

G. Wodsack

Steinmetzmeister

Tel. 651. Bydgoszcz, nur Dworcowa 79.

651.

Danksagung.

Ein herzliches Gott vergelt's Herrn Antoni Bogacki, wohnhaft ul. Gdanska 71a, für die glückliche Heilung einer Beinwunde, an der ich seit 20 Jahren in solchem Maße litt, daß ich nicht zu gehen vermochte. Alle Kuren waren vergeblich, obwohl ich auch im Auslande, so in Berlin und Breslau Heilung suchte, und brachten keine Besserung. Herr Bogacki heilte mich mit seinen natürlichen Heilmitteln. Ich fühle mich heute gesund, wofür ihm volle Anerkennung und Dankbarkeit gebührt.

Helena Petrykowska.

Bydgoszcz, den 14. Februar 1929.

1239

Neubertsche Vorschule.

Die A-Klassen der Vorschule haben ab Montag nächster Woche bis auf weiteres den Unterricht im Lyzealgebäude von 1 Uhr mittags an

Der Direktor

rez. Dr. Landwehr.

2413

Haushaltungskurse Janowiz (Janowiec) Kreis Znin.

Unter Leitung geprüfter Fachlehrerin.

Gründliche praktische Arsbildung im Kochen, in Baden- und Toilettenberei, Einmachen, Schneidern, Schnittsalat, en-lehre, Weißnähn, Handarbeit, Wäsche-behandlung, Glanzplatten, Hausarbeit, Molkereibetrieb.

Praktischer und theoretischer Unterricht von staatlich geprüften Fachlehrerinnen. Außerdem polnischer Sprachunterricht. Abschlußzeugnis wird erteilt.

Schön gelegenes Haus mit großem Garten.

Beginn des Halbjahresturjus:

Donnerstag, den 4. April 1929.

Bensionspreis einschließlich Schulgeld 110,- zl monatlich.

Auskunft und Prospekte gegen Beifügung vor Rückporto. Anmeldungen nimmt entgegen die Leiterin.

Wir fordern Alle bei den früheren deutschen Versicherungs-Gesellschaften

versichert

gewesenen, die schon jetzt, also vor dem 1. 1. 33 die Auszahlung der Aufwurterträge wünschen, auf — sich sofort bei uns zu melden.

Jedermann muß sich bei uns melden.

„Partia Prawa Ludu“ Myslowice, Modrzejowska 2

Telefon 54.

Notenetageren

empfiehlt in großer Auswahl sehr billig

B. Sommerfeld, Pianofabrik Bydgoszcz, ul. Sniadeckich 56. 1417

Zeichenpapier

in Bogen und Rollen 1031

A. Dittmann, T. z o. p. Bydgoszcz, ul. Jagiellońska 16.

Gemein Dreyer'sches Privathlyzeum e.V.

Bromberg.

Die auf heute anberaumte ordentliche General-Versammlung ist verschoben

auf Freitag, den 22. Februar, abends 7 Uhr. Sollte die erste Versammlung nicht beobachtigbar sein, so findet 1/2 Stunde danach eine zweite Versammlung statt, die unter allen Umständen beobachtigbar ist.

Der Vorstande. ges. Strauß.

1031

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258

1258